



## Berufliche Eingliederung und Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen



Hessischer Flüchtlingsrat  
Leipziger Str. 17  
60487 Frankfurt  
Tel.: 069-976-978-09  
Fax: 069-976-978-11  
[www.fr-hessen.de](http://www.fr-hessen.de)  
[www.bleibin.de](http://www.bleibin.de)

Liebe MitstreiterInnen/UnterstützerInnen des Hessischen Flüchtlingsrates,

in Hinblick auf den Fristablauf für die Aufenthaltserlaubnisse auf Probe im Rahmen der Altfallregelung am 31.12.2009 gibt es für uns nach bundesweitem Austausch mit den Flüchtlingsräten und Pro Asyl auf zwei Ebenen dringenden Handlungsbedarf.

- a) solange sich an den gesetzlichen Fristen nichts ändert, sollten wir in der **Beratungspraxis** darauf hinwirken, dass die betroffene Gruppe mit Aufenthaltserlaubnis auf Probe nach § 104 a AufenthG ihre Anträge auf eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23.1. AufenthG bereits im September diesen Jahres stellt. Nur bei frühzeitiger Antragsstellung besteht eine reelle Chance, dass die überlasteten ABHs die Anträge bis zum 31.12.2009 entscheiden können. Hinweise für die Antragsstellung und entsprechende Ergänzungsanträge (bspw. auf AE nach §25.5 oder §25.4 Satz 2) werden derzeit aufbereitet und sollen in mehreren Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Diese werden wir dann an die Liste weiterleiten.

Um unklare Auslegungen und gesetzliche Ermessensspielräume bereits im Vorfeld auszuloten, empfiehlt es sich, vor Antragsstellung entsprechende Vorgespräche mit den ABHs zu führen. Sollten die Verwaltungsvorschriften zur Altfallregelung oder ein entsprechender hessischer Erlass bis dahin bereits vorliegen, ist dieser entsprechend einzubeziehen. Gerne übernehmen wir für die Gespräche mit den ABHs eine koordinierende Funktion. Bitte meldet Euch, wenn lokale Strukturen initiativ werden möchten und gebt Bescheid, wo ihr Unterstützung benötigt. Wir würden gerne Synergieeffekte schaffen und Doppelungen vermeiden.

- b) In der **politischen Diskussion** sollte Handlungsbedarf über die Fristverlängerung hinaus deutlich gemacht werden. Unsere Positionen sollten wir noch einmal gezielt vor der Bundestagswahl und erneut vor der IMK in November einbringen und entsprechend an die Politiker auf kommunaler Ebene, MdLs und MdBs adressieren.

Eine sehr gute Argumentationshilfe für diese Lobbyarbeit hat die Bleiberechtsinitiative der Kirchen, Diakonie und Caritas erarbeitet (siehe [www.aktion-bleiberecht.de](http://www.aktion-bleiberecht.de)). Unter <http://www.aktion-bleiberecht.de/erfahrungsbericht.htm> findet man eine Broschüre mit Auswertung der bisherigen



## Berufliche Eingliederung und Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen

---

Umsetzung der Bleiberechtsregelung, anschaulichen Einzelfällen und den zentralen Forderungen für eine humanitäre Änderung der Bleiberechtsregelung.

Die am Ende der Broschüre zusammengestellten Forderungen sind sehr verständlich, umfassend und konkret und damit ausdrücklich zu empfehlen.

Die Broschüre kann auf der angegebenen Homepage auch in gedruckter Form bestellt werden. (Aufgrund der großen Nachfrage wurde eine Bestellfrist bis zum 6.7.09 gesetzt.)

### **(strategische) Argumentationshilfen**

Entscheidend ist der Zugang zu Kreisen auf der politischen Ebene (Kommune bis Bundestag), die dem Thema eher ablehnend gegenüber stehen. Folgende Argumente können helfen:

- Den ABHs droht aufgrund der hohen Antragszahlen, der teilweise unklaren Gesetzesformulierungen und fehlender Verwaltungsrichtlinien zum Jahresende eine Überlastung
- 1 Million Deutsche erhalten trotz Vollzeitjob ebenfalls ergänzende Sozialleistungen, weil die Löhne für Niedrigqualifizierte nicht zur Lebensunterhaltssicherung ausreichen
- Bei Rückfall in die Duldung kommen durch das AsylbLG erhöhte Kosten auf die Kommune zu, während Leistungen nach dem SGB II weitgehend über Bundesmittel getragen werden

### **Aktionsideen**

- Fachgespräche auf Verwaltungsebene (ABH, ARGE, kommunale Spitzenverbände) und Verbandsebene (Arbeitgeberverbände, Integrationsnetzwerke)
- Stadtrats- und Kreistagsbeschlüsse initiieren (Vorlagen sind beim hfr erhältlich)
- MdBs lobbiieren
- Öffentlichkeitswirksame Aktionen im Vorfeld Bundestagswahl, IMK und zum Tag des Flüchtlings
- Podiumsdiskussionen mit VertreterInnen von Kirchen, Sozialverbänden und Politik (hilfreich ist hier die Einbeziehung von VertreterInnen/ExpertInnen aus dem Bereich der Kinder-, Familien- und Integrationspolitik).

Eine solche Podiumsdiskussion wurde in Gießen mit erfreulich guter Resonanz vom Ökumenischen Arbeitskreis Flüchtlinge Gießen organisiert. Dabei hat sich der Ablauf bewährt, zunächst die Umsetzung der Bleiberechtsregelung in der Praxis darzustellen und aus Sicht der Kirchen/der Flüchtlingslobby zu problematisieren und erst dann die politischen Vertreter Stellung nehmen zu lassen. (Das verbessert die inhaltliche Fokussierung und konkrete Auseinandersetzung mit bestehenden Problemen.)

Auf der Homepage [www.aktion-bleiberecht.de](http://www.aktion-bleiberecht.de) finden sich eine Ideenbörse für Aktivitäten aus den verschiedenen Bundesländern.

Stand: 01.07.09